Vierte Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

№ 183. Sonnabend den 2. Juli 1887. 81. Jahrgang.

Volkswirthschaftliches.

Alle für diesen Theil bestimmten Sendungen sind zu richten an den verantwortlichen Redacteur desselben E. G. Laue in Leipzig.

Telegramme.

☾ **Gründberg**, 1. Juli. (Privattelegramm.) Der Kreistag erhielt einstimmig den Eisenbahn-Minister um Veranlassung eines Bahnbaues vom Königreich Sachsen nach Sorau-Grünberg und um die Angabe der erforderlichen Opfer seitens des Kreises.

Jahresbericht der Gewerbekammer zu Leipzig 1886.

Wie gewöhnlich, erstattet die Abtheilung A: Gutachten, Ansichten und Wünsche, die Abtheilung B: den Bericht über Thatsachen. Bei dem reichen Inhalte des fleißigen Werks müssen wir uns hauptsächlich auf Wiedergabe der Betrachtung über die allgemeine wirthschaftliche Lage der Gewerbe beschränken. Es heißt darin: Das Jahr 1886 hat die wirthschaftliche Lage der Gewerbetreibenden unseres Bezirkes nicht wesentlich verändert. Die Bauthätigkeit ist zwar gegen das Vorjahr eine stärkere gewesen und hat für verschiedene Gewerbe vermehrte Beschäftigung herbeigeführt, dabei wird aber mit sehr wenigen Ausnahmen über gedrückte Preise und in Folge dessen über geringen Verdienst geklagt. Das Arbeitsgebiet der Baugewerbe würde sich wahrscheinlich noch umfangreicher gestaltet haben, wenn nicht die hohen Arealpreise Viele abschreckten, einen Grundbesitz zu erwerben. Mehrseitig ist schon auf die sehr bedenklichen Folgen hingewiesen worden, welche sich aus den fortwährend in die Höhe getriebenen Preisen des Grund und Bodens unausbleiblich ergeben müssen, ohne daß bis jetzt auch nur der Anfang zu einer Umkehr zu verspüren wäre. Aus den eingegangenen Berichten der in hiesigen Bezirke bestehenden Innungen und gewerblichen Corporationen geht hervor, daß dieselben Klagen, die seit Jahren erhoben wurden, auch jetzt noch erhoben werden. Dieselben werden auch, soweit es sich um die Hausirsache, den Verkehr handelt, nicht eher verstummen, als die Gewerbetreibenden selbst nicht unterlassen, sich gegenseitig in den Preisen ihrer Leistungen zu unterbieten. Die Sucht vieler Gewerbetreibenden, unter allen Umständen Aufträge zu erhalten, leidet auf die Gefahr hin, bei Ausführung derselben nichts zu verdienen, unter Umständen sogar dabei zuzusetzen, ist die Quelle, aus welcher der Hausirsache noch die gegenwärtige vielfach mißliche Lage entspringt. Theilweise mag leidiger Bedarfsfall Anlaß zu den häufig ganz unbegreiflich niedrigen Angeboten geben, vielfach wird aber auch Mangel an richtiger Calculation die Ursache sein. Dieser Hauptübelstand, an dem allerdings nicht nur das gewöhnliche Handwerk, sondern fast alle Erwerbszweige mehr oder weniger kranken, vermag keine Gesetzgebung zu beseitigen, und alle vorgeschlagenen Aenderungen der bestehenden Gesetze, mögen sie noch so wohlgemeint sein, vermögen nach dieser Richtung die von Vielen erhoffte Besserung nicht zu bringen.

Nicht unerwähnt mag bleiben, daß durch die vielfachen Schleuderangebote seitens selbstständiger Gewerbetreibenden den Arbeitern eine sehr wirksame Waffe behufs Rechtfertigung ihrer vielfach zu weit gehenden Forderungen in die Hand gedrückt und thatsächlich auch benutzt wird.

Die an die Innungen gerichtete Frage, ob die neueren gesetzlichen Bestimmungen sich bewährt haben, wurde im Allgemeinen und fast durchgehend zufriedenstellend beantwortet, mehrfach auch besonders anerkannt, daß namentlich bezüglich des Lehrlingswesens wieder größere Ordnung hergestellt und die lockere gewerbliche Organisation innerhalb der Innungen wieder befestigt werden konnte.

Nicht bewährt dagegen haben sich, der großen Mehrzahl der eingegangenen Berichte nach, diejenigen Bestimmungen des Gesetzes, welche eine Mitwirkung der Gesellen bei Durchführung der Innungsaufgaben vorschreiben.

Hier sind die meisten Innungen, wie bereits an anderer Stelle bemerkt, trotz wiederholter Versuche, auf einen Widerstand seitens der Gesellen gestoßen, den zu beseitigen das Gesetz eine wirksame Handhabe nicht bietet, so daß in den meisten Fällen nichts übrig blieb, als auf die vom Gesetzgeber wohlgemeinte Beihilfe der Gesellen zu verzichten.

Hiernach ist auch, wenige Ausnahmen abgerechnet, das Verhältniß der Gesellen den Meistern gegenüber nicht so befriedigend, wie dies im beiderseitigen Interesse zu wünschen wäre.

Als erfreuliche Thatsache konnten wir den eingegangenen Berichten entnehmen, daß die übermäßige Annahme von Lehrlingen, die wir früher oft zu beklagen Ursache hatten, innerhalb der diesseitigen Innungen fast durchgängig beseitigt ist, sowie daß durch Erweiterung und Vermehrung der Fachschulen den Lehrlingen von Jahr zu Jahr mehr Gelegenheit geboten wird, sich diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten anzueignen, welche in der Werkstatt nicht oder nur theilweise erwerben werden können.

Betreffs des Innungswesens äußert der Bericht Folgendes:

Die viel umstrittenen Anträge auf Erweiterung der den Innungen zu verleihenden Rechte, deren wir bereits im vorjährigen Berichte zu gedenken hatten, haben im Berichtsjahre Erledigung; seitens der betreffenden Körperschaften nicht gefunden und gehen nach wie vor Anlaß zu lebhaften Erörterungen innerhalb der nächst betheiligten Kreise.

Was zunächst die beantragte Erweiterung des §. 100e der Gewerbeordnung anlangt, so haben wir uns bereits wiederholt dahin ausgesprochen, daß wir die Ertheilung der aus diesem Paragraph folgenden Rechte nur solchen Innungen zugestanden wissen wollen, welche zu beweisen vermögen, daß sie auf dem Gebiete des Lehrlingswesens wirklich positive Erfolge erzielt haben.

Hiernach haben wir nur zu wiederholen, daß wir nicht damit einverstanden sein können, daß diese Vorrechte, wie der im Reichstag gestellte Antrag Ackermann und Genossen verlangt, ohne Weiteres auch solchen Innungen auf deren einfachen Antrag zugestanden sollen, deren Mitgliederzahl mehr als die Hälfte der betreffenden Handwerker umfaßt.

Der Gewerbekammertag zu Lübeck hatte unter Anderem den Wunsch ausgesprochen, daß die höheren Verwaltungsbehörden angewiesen werden, die Normativbestimmungen als bindende Richtschnur zu betrachten und da, wo Gewerbekammern bestehen, deren Gutachten vor Verleihung der betreffenden Vorrechte an die darum nachsuchenden Innungen einzuziehen.

Den Schlußwunsch anlangend, haben wir anerkennend zu berichten, daß hierauf deutschlandseits entsprechend verfahren wird.

Was die von den Reichstagsabgeordneten Ackermann, Biel und Genossen beantragte Wiedereinführung des Befähigungsnachweises anlangt, so können wir nicht verschweigen, daß diesem Antrage eine nicht geringe Anzahl Handwerker des diesseitigen Bezirkes sympathisch gegenübersteht und demselben bei verschiedenen Zusammenkünften warm befürwortet hat.

Wir unsererseits sind der Meinung, daß man, abgesehen von der Schwierigkeit der Durchführung, die Tragweite dieses Antrages nicht ganz richtig ins Auge gefaßt und den Nutzen desselben bedeutend überschätzt hat.

Hauptsächlich scheinen die Anhänger des Antrags übersehen zu haben, daß durch Annahme desselben die in §. 100e der Gewerbeordnung den Innungen eingeräumten Vorrechte nahezu wieder aufgehoben würden, denn wir wüßten in der That nicht, mit welchem Rechte einem Handwerker, welcher den Nachweis seiner Befähigung erbracht hat, auch wenn derselbe keiner Innung angehört, das Halten von Lehrlingen verboten werden könnte.

Speciell die Innungen haben unserer Meinung nach ein großes und naheliegendes Interesse daran, sich von Denen, die sich zum Beitritt melden, einen entsprechenden Nachweis der Befähigung vorzubehalten, wenn anders sie nicht an Bedeutung verlieren wollen. Solcher Vorbehalt fällt ohne Weiteres weg, wenn der allgemeine Befähigungsnachweis zum Gesetz erhoben wird, und damit würde den Innungen ein gewichtiges Recht verloren gehen.

Vom Tage.

☾ Die Börse hatte am Donnerstag ihre pessimistische Physiognomie vom Tage vorher wieder abgelegt. Vergessen war der Artikel der „Kölnischen Zeitung" gegen die Patriotenliga, der Druck, welcher die Verluste in Schoniger Actien hervorgerufen hatte, und man folgte wieder andern Spuren, nachdem die bisherigen eine Anregung wieder nicht gewähren konnten. Die „Kölnische Zeitung" bringt allerdings wieder eine solche durch die Verdammniß, welche sie über die russischen Effecten ausspricht, in Gemeinschaft mit der „Kreuzzeitung", welche die Schädigung der preußischen Kriegskasse durch die russischen Ukase gegen den ausländischen Grundbesitz zur Auflehnung gegen das einst so verehrte „Väterchen" treibt. Wir haben uns schon früher über diese Wandlung und über die ganze Sache selbst ausgesprochen, verzichten daher hier auf eine weitere Kritik des russischen Credits und der Möglichkeit, daß der Zar die Einstellung der Zinszahlungen auf die russischen Staatsschuldbriefe befehlen könnte. Der Gedanke ist so ungeheuerlich, daß doch noch andere Motive vorliegen müßten, als jetzt sich geltend machen, um eine solche That zur Verwirklichung zu bringen. — Wir wollen übrigens noch darauf aufmerksam machen, daß die Berliner „Politischen Nachrichten", das Blatt des preußischen Finanzministers, sich des Artikels der „Kölnischen Zeitung" annehmen.

An der Pariser Donnerstagsbörse war Rente wieder matt in Folge von Prämienrealisationen. Am Sonnabend soll das neue Staatsbudget den Kammern vorgelegt werden. Im Juli steht eine neue Emission von Panama-Actien bevor. Auf die neue griechische Anleihe soll in Paris wenig gezeichnet sein. London verkehrt still.

In der Angelegenheit der Schweizerischen Nordostbahn läßt sich die „Fr. Ztg." betreffs der Frage, nach welcher Richtung der Schiedsspruch des Bundesrats anfechtbar sei, Folgendes aus Zürich schreiben: „Nachdem der Bundesrath ausdrücklich hervorgehoben hat, daß er nicht als „Staatsgerichte", sondern als „civiler Richter" entschieden habe, darf angenommen werden, daß seinem Urtheil gegenüber auch die gesetzlichen Bestimmungen der Civilprocesordnung, betreffend schiedsgerichtliche Urtheile, anwendbar sind. Nach dieser Sachlage ist zunächst festzustellen, daß eine Appellation unmöglich ist. Es steht den Parteien nach Art. 738 der Zürcher Civ.-Proc.-Ordg. gegen schiedsgerichtliche Urtheile das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde (Cassation), des Wiederaufnahmegesuches und der Erläuterung zu. Nach Art. 707 des angeführten Gesetzes gehen Nichtigkeitsbeschwerden gegen schiedsgerichtliche Urtheile an diejenige Gerichtsstelle, welche angerufen wäre, wenn der zuständige Richter entschieden hätte. In diesem Falle wäre somit ein Cassationsbegehren zunächst beim Zürcher Bezirksgerichte und in zweiter und letzter Instanz beim Zürcher Obergerichte einzureichen, und zwar innerhalb 60 Tagen (Art. 706) nach der schriftlichen Mittheilung des Urtheils."

Die Wiener Börse verharrte am Donnerstag lustlos wie gewöhnlich. Lombarden rückgängig. Die Versorgung war leicht. Die Mittagsbörse zeigte keine Veränderung. Credit 282.25. Der neueste Ausweis der Lombarden zeigt wieder eine bedeutende Ermäßigung im Güterverkehr, welche theilweise durch das Plus des Personenverkehrs gehoben wird.

Berlin eröffnete bei geringfügigen Umsätzen in ziemlich fester Haltung, welche sich jedoch schon sehr bald weiter abschwächte. Credit notirten $^1/_4$ ℳ und Commandit $^3/_4$ Proc. besser, auch andere Banken waren etwas höher. Deutsche spekulative Bahnen blieben vernachlässigt, nur Marienburger konnten sich eine Kleinigkeit besser stellen. Franzosen und Lombarden erholt, ebenso die übrigen österreichischen Bahnen wieder besser. Sehr lebhaftes Geschäft fand auf dem Gebiete der Schweizerbahnen statt, welche in Folge von Deckungen ihre Mittwoch-Schlußcourse nicht unwesentlich überholen konnten; so waren Gotthard 2, Nordost 2.90, Union 2.60 Proc. besser. Auch Mittelmeer gegen 1 Proc. an. Von Bergwerken wurden Bochumer bevorzugt, während Laura und Dortmunder still blieben. Russische Anleihen durchweg abgeschwächt, aber still. Für Ungarische Goldrente und Italiener war ein erster Cours kaum zu ermitteln. Egypter behauptet. Die Haltung befestigte sich sehr bald wieder und zog die Mehrzahl der Course an. Neben Schweizerbahnen, welche fortgesetzt in großen Beträgen, besonders für Frankfurter Rechnung gekauft wurden, wurden auch Montanwerthe lebhaft gehandelt. Die Course von Bochumer stellten sich einige Procent besser, auch Laura und Dortmunder gegen an. Banken und Eisenbahnen blieben vernachlässigt, aber fest. Russische Werthe vorwiegend schwächer. — Rechtsfeste fest.

Credit 454$^1/_4$ (453$^1/_2$), Franzosen 363 (362), Lombarden 136 (136$^3/_4$), Darmstädter 137$^1/_4$ (137). Deutsche Bank 160$^1/_4$ (160), Disconto 198$^3/_4$ (197$^1/_2$), Mainzer 96 (bo.), Marienburger 45$^1/_4$ (45$^3/_4$), Ostpreußen 61$^3/_4$ (bo.), Mecklenburger 136$^1/_4$ (136), Galizier 83$^1/_4$ (83), Elbethal 284$^3/_4$ (285), Duger 137 (136$^1/_2$), Gotthard 105$^1/_4$ (104$^1/_2$), 1880er Russen 82$^3/_4$ (bo.), Russische Noten 181$^3/_4$ (bo.), Ungarische Goldrente 81$^3/_4$ (81$^1/_4$), Italiener 97$^1/_4$ (bo.), Laura 74 (72$^1/_4$), Dortmunder 52$^1/_4$ (52$^1/_4$).

Vermischtes.

Leipzig, 1. Juli.

*— **Coursregulirung.** Was die Preisregulirung der Actien derjenigen Unternehmungen anlangt, die mit dem 30. Juni ihr Geschäftsjahr abschlossen und mit welchen sich die heutige Börse zu beschäftigen hatte, so wird der Marktwerth vom 30. Juni um den jeweiligen Betrag der letzten Dividende — wir verweisen hierfür auf die vorgestern mitgetheilten Dividendenschätzungen — gehandelt, um welche diese letzteren von den Ziffern der laufenden Zinsen abweicht. Ueberteigt die Dividende den für die Börsenberechnung willkürlich angenommenen Zinsfuß, so kommt der Mehrbetrag vom Preise der Actien in Abzug; erreicht dagegen die Dividendenschätzung den laufenden Zins nicht, so wird der Fehlbetrag dem Course der Actien hingeschlagen. Zum Beispiel: Eine mit 4 Procent laufenden Zinsen gehandelte Actie, die 115 steht, wird muthmaßlich 7 Proc. Dividende geben; der Ertrag würde dann den laufenden Zins um 3 Proc. übersteigen; folglich wäre der Marktpreis der Actie von 115 auf 112 Proc. herabzusetzen. Eine andere Actie, die 88 Proc. steht, wird auf 1 Proc. Dividende geschätzt; da der laufende Zinsfuß hier ebenfalls 4 Proc. beträgt, so ist der Ausfall an demselben dem Course der Actie mit 3 Proc. hinzuzuschlagen, so daß sich der Marktwerth auf 91 Proc. erhöht. Infolge dessen veränderten sich die Course bei folgenden Papieren: Bochumer Gußstahl Abschlag 2 Proc., Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik (Zimmermann) Zugang 3 Proc., Cröllwitzer Papierfabrik Abschlag 6 Proc., Dampfmaschinenfabrik und Spinnerei (Wiede) Zugang 1 Proc., Deutsche Werkzeugmaschinenfabrik Zugang 4 Proc., Dortmunder Union Zugang 5.50 Proc., Königs- und Laurahütte Zugang 3 Proc., Leipziger Pferdebahn-Actien Abschlag 2 ℳ, Maschinenfabrik Golzern Abschlag 6 Proc., Sächsische Maschinenfabrik (Hartmann) Abschl. 1 Proc., Sächs. Webstuhl-Fabrik (Schönherr) Abschl. 7 Proc., Thode'sche Papierfabrik Abschl. 1 Proc., Döstewitz-Bottmannsdorfer Braunkohlen-Gesellschaft Zugang 4 Proc. — Coursbeschädigende Dividendenabzüge fanden in Folge der Abrechnung der Dividendenscheine stattgefunden bei den Actien der Böhmischen Nordbahn mit 4.80 Proc., Böhmischen Westbahn mit 0.90 Proc., Buschtiehrader Eisenbahn Lit. A mit 6.37 Proc., Buschtiehrader Eisenbahn Lit. B mit 4 Proc., Galizischer Carl Ludwigbahn mit 0.10 Proc., Gotthardbahn mit 3.40 Proc., Oesterreichische Localbahn mit 3.20 Proc., Elbethalbahn mit 11.20 ℳ — Ferner sind den Coursen derjenigen österreichischen Silber-Prioritäts-Obligationen, deren Zinsen am 1. Juli fällig sind, hinzuzuschlagen: bei den 5procentigen Titres 50 und bei den 4$^1/_2$- und 4procentigen Werthen 45, resp. 40 ℳ, sowie bei österreichischer Silberrente 30 ℳ, italienischer Rente 30 ℳ und bei russischer Orientanleihe reichlich 1 Procent.

** **Aus dem Triebischthale.** 30. Juni. Seit unserem letzten Bericht über die Lage der Mühlenindustrie hierselbst haben sich Production und Absatz in normalen Grenzen bewegt, nur die Preisverhältnisse haben eine keineswegs günstige Wendung erfahren, dieselben stehen vielmehr so niedrig, daß der Mahllohn verglichen mit früheren Zeiten ein nur geringer genannt werden muß. Man schließt sich hier vielfach der Meinung der süddeutschen Mühlenindustriellen an, welche die niedrigen Preisverhältnisse in Zusammenhang bringen mit der großen Concurrenz der norddeutschen Mühlenindustrie, welcher die einheimischen Industriellen nur schwer begegnen können. Uebrigens wird in Süddeutschland Weizen norddeutschen Ursprungs gegenwärtig mehr als früher verwendet und ist dies lediglich die Folge der erschwerten Einfuhr ausländischen Getreides.

.^. **Bautzen**, 30. Juni. Im Anschluß an die vor Kurzem gebrachten Mittheilungen bezüglich der vom 7. bis 13. September hier stattfindenden Landwirthschaftlichen Ausstellung des Königreichs Sachsen ist weiter zu berichten, daß ganz besonders die Lehrmittel und wissenschaftlichen Leistungen einen hervorragenden Theil desselben bilden werden. Das Königreich Sachsen hat ein ganzes Netz von landwirthschaftlichen Schulen im Lande vertheilt und ebenso Versuchsstationen in einer Anzahl und Qualität, wie kaum ein anderer deutscher Staat auf entsprechendem Gebietsraum. Die landwirthschaftlichen Schulen, darab das Institut der Universität Leipzig, werden ihre Lehrmittel in übersichtlicher und zusammenhängender Weise zur Ausstellung bringen. Ebenso bringt jede der vier Versuchsstationen ihr Arbeitsfeld zur Darstellung. An diese schließen sich an das meteorologische Institut mit seinen hochinteressanten Einrichtungen, sowie das geologische Institut der Universität Leipzig mit seinen für die Landwirthschaft so hochwichtigen Anschauungsobjecten.

†† **Dresden**, 30. Juni. **Dresdner Baugesellschaft.** Auf Grund des zwischen der Dresdner Bank und der Dresdner Baugesellschaft getroffenen, durch die außerordentliche Generalversammlung vom 17. d. M. genehmigten Uebereinkommens ist den Actionairen der Dresdner Baugesellschaft ein Bezugsrecht auf die zur Ausgabe gelangenden jungen Stammactien im Betrage von 1,000,000 ℳ in der Weise eingeräumt worden, daß a. dem Inhaber von je 7 Stück alter Stammactien und Prioritäts-Stammactien à 300 ℳ, b. dem Inhaber von je 2 Stück der Prioritäts-Stammactien à 1000 ℳ der Bezug von je einer Stammactie Serie II à 1000 ℳ freisteht. Die jungen Actien sind mit den alten gleichberechtigt, nehmen jedoch an der Jahresdividende erst vom 1. Juli d. J. an Theil. Der Ueberlassungscours beträgt 115 Proc., ausschließlich der zu zahlenden Stückzinsen zu 4 Proc. Das Bezugsrecht ist spätestens bis zum 14. Juli d. J. bei der Dresdner Bank auszuüben.

†† **Dresden**, 30. Juni. Die **Deutsche Elbschifffahrts-Gesellschaft „Kette" zu Dresden** erzielte im Monat Juni eine Schlepplohn- und Frachten-Einnahme von 389,425 ℳ (gegen 459,477 ℳ im Monat Juni v. J.) Die Gesammt-Einnahme in der Zeit vom 1. Januar bis mit heute beträgt 1,685,515 ℳ (gegen 1,559,762 ℳ in derselben Zeit des Vorjahres).

†† **Dresden**, 30. Juni. **Marienberger Silberbergbau-Aktiengesellschaft.** Die heute hier abgehaltene diesjährige ordentliche Generalversammlung der vorgenannten Actiengesellschaft, in welcher Herr Bürgermeister Germann aus Marienberg den Vorsitz führte und an der sich 9 Actionaire mit 1314 Actien und Stimmen betheiligten, genehmigte nach kurzen befriedigenden Mittheilungen des Herrn Bergverwalter Stahn über die generelle Gestaltung der Betriebsverhältnisse den 1886er Geschäftsbericht sammt Jahresrechnung und sprach einstimmig die Entlastung der Verwaltungsorgane aus. Weiter wurde die Verwaltung ermächtigt zur Entnahme der infolge der Wassercalamität aufzuwendenden Betriebsmittel aus dem Reservefonds, da die vorhandenen Betriebsüberschüsse hierzu nicht ausreichen. Der den Bergbaudotationsfonds vertretende Herr Bürgermeister Walde-Zschopau wurde in den Verwaltungsrath ebenso wiedergewählt, wie die bisherigen Rechnungsrevisoren Herren Kaufmann Sturm-Leipzig und Bankier Heinicke-Freiberg. — Der Generalversammlung wohnten als Vertreter des königl. Bergamts zu Freiberg die Herren Bergamtsdirector Dr. Leuthold, Bergamtsrath Hencke und Berginspector Vogel bei.

.^. **Dresden**, 1. Juli. **Kohlentransporte auf den königl. sächsischen Staatsbahnen** in Wagenladungen zu 5000 Kilogramm während der Woche vom 19. bis 25. Juni a. c.: sächsische Steinkohlen aus dem Zwickauer Revier 7801 Ladungen, aus dem Lugau-Oelsnitzer Revier 3666 und aus dem Dresdner Revier 1203, zusammen 12,670 Ladungen sächsische Steinkohlen, gegen 11,695 in der entsprechenden Woche des Vorjahres; schlesische Steinkohlen 762, böhmische Braunkohlen 7518, altenburgische Braunkohlen 3340, Kokes überhaupt 24,310, demnach durchschnittlich pro Tag 3473. In der entsprechenden Woche des Vorjahres wurden an Kokes überhaupt beschickt 21,335, täglich also im Durchschnitte 3048 Ladungen.

*— **Dampfomnibuslinie Jena-Apolda.** Die am 29. Juni in Apolda stattgefundene Versammlung behufs Errichtung einer Dampfomnibuslinie zwischen Apolda und Jena war nur schwach besucht. Man sprach sich allgemein für das Unternehmen aus, doch glaubt man nicht, daß die von dem Unternehmer, Herrn Hermann Wirkerlitz in Chemnitz, beanspruchte Rentabilität aus dem Personenverkehr allein zu erzielen sein würde, und daß die Sache ohne Unterstützung durch die Gemeinden sich als lebensfähig erweisen werde. Es wurde indeß zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit ein Comité gewählt, mit dem Rechte, sich durch Hinzuziehung noch anderer geeigneter Persönlichkeiten, namentlich auch aus Jena, zu erweitern und das Angemessene darauf zu richten, die Mittel aufzufinden zu machen, um eine mehrmonatige Probefahrt zu ermöglichen.

* **Berlin**, 30. Juni. Zur Berathung der im Interesse des Branntweingewerbes und Spiritushandels in Ausführung des neuen Branntweinsteuergesetzes nothwendigen Maßnahmen fanden am Montag den 27. und Dienstag den 28. d. M. ausführliche Verhandlungen des Ausschusses des Vereins der Spiritusfabrikanten in Deutschland statt, zu welchen auch Vertreter des Spiritushandels und der Spritfabrikation aus den Haupt-Handelsplätzen, wie Berlin, Posen, Breslau, Halle, Magdeburg, Ost- und Westpreußen, hinzugezogen waren. Den Verhandlungen, die unter Vorsitz des Herrn Oekonomierath Kiepert-Marienfelde geführt wurden, wohnten als Vertreter der Staatsbehörden bei der Geheimrath Lorenz vom Finanz-Ministerium, Herr Geheimrath von Heydebrand und der Lasa vom landwirthschaftlichen Ministerium und Herr Regierungsrath Rauschning vom Reichsschatzamt. — Als besonders wesentlich heben wir aus den Berathungen Folgendes hervor: Die Frage der Lagerhäuser wurde dahin erörtert, daß zwar für die Haupt-Handels-Plätze für Spiritus das Privat-Capital für ausreichende Lagerräume sorgen würde, sowie solche nicht vorhanden sind, daß aber die Regierung auch Staats-Lagerhäuser, ähnlich wie in England einrichten müsse, und zwar würde das namentlich der Fall sein müssen an den weniger günstig gelegenen Plätzen, um dort die Production der Brennereien, welchen ein freustreies Lager gegeben werden soll, bequem aufnehmen zu können. In Rücksicht auf den bevorstehenden Rectificationsbetrieb wurde zwar angenommen, daß die bestehenden Spritfabriken im Stande sein würden, einem größeren Bedürfniß als bisher zu genügen, daß aber doch in speciellen Fällen die Einrichtung von kleineren Spritfabriken, sei es von Privaten, sei es von Brennereigenossenschaften, in Aussicht zu nehmen sei, es würde dies auch wiederum in den vom Verkehr mehr abgelegenen Districten hauptsächlich in Frage kommen. Bezüglich der zukünftigen Preisbildung war die Versammlung der Ansicht, daß es sich hauptsächlich wohl im Handel um unversteuerten Spiritus handeln würde, daß aber auch versteuerter Spiritus häufig gehandelt werden würde. Derselbe würde dann im Allgemeinen als mit 70 ℳ belastet zu behandeln sein, es würde aber bei Geschäftsabschlüssen immer noch besonderer Abmachungen bedürfen. Eine schnelle Erledigung der Denaturirungsfrage wurde allseitig als nothwendig betont, da vom 1. October ab jeder Brennereibesitzer die Denaturirung von Spiritus nach dem Gesetz verlangen könne und würde. — Der authentische Bericht über jene Verhandlungen wird demnächst in der „Zeitschrift für Spiritusindustrie" abgedruckt werden.

ζ Unter denjenigen Industrien, welche allen Grund haben, mit der neuen Wirthschaftspolitik zufrieden zu sein, zählt die „Deutsche volkswirthschaftliche Correspondenz" die deutsche Lederindustrie auf, welche bei veränderten Import und gesteigertem Export geschärften Absatz im Inlande besitze. Zum Beweise führt sie eine Reihe von Zahlen an, welche ihrer Ansicht nach äußerst lehrreich sind. Sie schreibt: „Was zunächst die Einfuhr fremder Lederwaaren in das deutsche Zollgebiet anlangt, so war dieselbe unter dem alten Zolltarife erheblich gestiegen, bis im Jahre 1880 plötzlich ein bedeutender Umschwung eintrat, wie aus folgenden Angaben ersichtlich ist: Einfuhr in das deutsche Zollgebiet in Tonnen von

	Leder aller Art	grobem Lederwaaren	feinen Lederwaaren
1870	1504	239	165
1875	6045	611	468
1879	8495	618	427
1880	3631	473	387
1886	4193	255	487

Die Wirkung des erhöhten Zolltarifes im Jahre 1880 ist hiernach ohne Weiteres ersichtlich; besonders bei den feinen Lederwaaren hat sich neuerdings wieder eine bemerkenswerthe Zunahme der Einfuhr gezeigt, dieselben werden vorwiegend aus Oesterreich-Ungarn und Frankreich bezogen. Was nun die Lederausfuhr Deutschlands betrifft, so stieg dieselbe für Handschuhleder, Kordwan, Maroquin u. s. w. von 2129 Tonnen im Jahre 1880 auf 2693 Tonnen im Jahre 1886; in derselben Zeit sank die Ausfuhr von groben Lederwaaren von 1181 auf 966 Tonnen, diejenige von feinen Lederwaaren dagegen stieg von 3340 auf 4970 Tonnen, der Export von sonstigem Leder endlich betrug 1880 3379 Tonnen, 1886 dagegen 4417 Tonnen. Die Befriedigung über die neue Wirthschaftspolitik wird übrigens von der Lederindustrie durchaus nicht allgemein getheilt. Man verlangt sehr vielfach die Aufhebung des Zolles auf Eichenlohe, die noch immer zur Deckung des Bedürfnisses in großen Mengen aus dem Auslande bezogen werden muß, und wiederholt die schon seit einigen Jahren gestellte Forderung der Einführung eines einheitlichen Zollsatzes von 36 ℳ für alle Sorten Leder. Die württembergische Schuhwarenfabrikation endlich begründet ihren Antrag auf Erhöhung des Eingangszolles für feine und grobe Schuhwaaren auf 120 ℳ mit der ausdrücklichen Hinweisung darauf, daß der bisherige Zoll wenig genutzt habe.

*— In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrathes der Zuckerfabrik Glauzig legte der Vorstand den Rechnungsabschluß des Geschäftsjahres 1886/87 vor und wurde seinem Antrage entsprechend beschlossen, der im August c. eingeberufenen Generalversammlung aus dem sich nach den üblichen Abschreibungen und Statutengemäßen Dotirungen ergebenden Reingewinn von 138,646.05 ℳ die Zahlung einer Dividende von 3 Proc. auf das Actiencapital vorzuschlagen.

-*- **Halle a/S.**, 1. Juli. Der **Verein der Briquet-Industriellen Deutschlands** hielt heute Mittag hierselbst seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Johanni-Frohse eröffnete dieselbe mit Erstattung des Jahresberichts, dem Folgendes zu entnehmen ist: Anfang 1886 gehörten dem Verein an 35 Fabriken mit 103 Pressen, Ende des Jahres 36 Fabriken mit 108 Pressen. In Deutschland befanden Ende 1886 im Ganzen 52 Briquetfabriken mit 145 Pressen, welche zusammen 19,062,539 Ctr. Briquets fabricirten. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den 52 Fabriken betrug 1628. Es verunglückten im letzten Jahre 67 Arbeiter, wovon 5 mit Tode abgingen und 3 gänzlich erwerbsunfähig wurden. Die Unglücksfälle vertheilen sich wie folgt: Kesselbetrieb 10, Maschinenbetrieb 24, Explosion und Feuer 14, verschiedene Ursachen 19. Die an die Verunglückten und deren Angehörige gezahlte Rente betrug zusammen 2346.59 ℳ. Die entstandenen Brandschäden beliefen sich auf 58,466 ℳ — Die Leistung einer Presse stellt sich auf 131,466 Ctr. oder pro Tag bei 250 Prestagen im Jahr auf 526 Ctr. Auf 1000 bei den Briquetfabriken beschäftigte Arbeiter kommen im Ganzen 41 Unglücksfälle — tödtliche Unfälle = 3.07 Unglücksfälle mit gänzlicher Erwerbslosigkeit = 1.84, mit Erwerbslosigkeit über 13 Wochen = 5.53, desgleichen unter 13 Wochen = 30.01. — Der Verband hat im Ganzen 4 Sitzungen abgehalten, in denen er eine Menge wichtiger Vorlagen behandelte und Stellung zu denselben nahm. So wurde das Markenwesen eingehend erörtert, doch kein bindender Beschluß gefaßt, da Rücksichten auf die Fabriken und Händler zu nehmen waren. Die Tariffrage bildete unausgesetzt einen Punct der Berathung, doch entschloß man sich, nicht selbstständig vorzugehen, um den in dieser Beziehung gethanen Schritt des Vereins der Braunkohlen-Industrie Deutschlands abzuwarten. Derselbe ist in Betreff Herabsetzung der Tarifsätze für Braunkohlen auf den deutschen Bahnen von einem wesentlichen Erfolge nicht begleitet gewesen. — Es schloß sich eine Discussion an den Bericht an. — Beschlossen wurde, die Vereinsgenossen, sowie auch die Nichtmitglieder aufzufordern, für die Folge nur eine Marke für ihre fabricirten Briquets zu führen, um endlich einmal hierin Wandel zu schaffen. Die gewählte Marke ist dem Vorstande angegeben. — In Betreff der Tariffrage wurde beschlossen, vorläufig vorzugehen und die Vereinsgenossen ꝛc. zu ersuchen, diejenigen Stationen namhaft zu machen, für die eine Tarifermäßigung gewünscht wird. Das gesammelte Material soll dann dem Herrn Handelsminister zur geeigneten Berücksichtigung zugestellt werden. — Hierauf trat man in eine Besprechung über die im letzten Jahre gemachten Beobachtungen im Betriebe. — Die gelegte Jahresrechnung ergab in Einnahme incl. eines überkommenen Bestandes von 260.45 ℳ = 1010.45 ℳ, in Ausgabe 645.31 ℳ, mithin an Bestand 365.14 ℳ — Die sofort vorgenommene Prüfung derselben durch zwei gewählte Herren ergab deren Richtigkeit und wurde dem Cassirer einstimmig Entlastung ertheilt. — Der Etat pro 1887 wurde festgestellt. Die bisher laut Statut gezahlten Jahresbeiträge der Mitglieder blieben auch dieses Jahr bestehen. — Die nach dem Turnus ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden sämmtlich der Reclamation wiedergewählt. — Es folgte der Bericht über die Lage der Briquetindustrie im Allgemeinen. Derselbe ließ sich im großen Ganzen befriedigend aus, der Absatz war ein guter. Die Production hat sich von 15$^3/_{10}$ Mill. Centner in 1885 auf 19 Mill. Centner in 1886 erhöht, also um 3$^7/_{10}$ Mill. Centner oder 20 Proc. vermehrt.

*— **Der Jahresbericht über den Gang des Handels, der Industrie und der Schifffahrt von Magdeburg** im Jahre 1886 beginnt mit folgenden Ausführungen: War auch die erste Hälfte des Jahres 1886 für die Geschäftswelt nicht allgemein als günstig zu bezeichnen, so trug sie doch schon den Keim zur Besserung der wirthschaftlichen und der Absatzverhältnisse in sich, und es machte sich denn auch in der zweiten Hälfte unverkennbar eine solche Wendung zum Besseren geltend, und wenn sich auch bei nur wenigen Artikeln eine Steigerung der Preise bezeichnen läßt, so hat sich doch der Absatz und namentlich der nach Amerika gesteigert. Zweifellos würde diese Entwickelung größere und in weitere Kreise reichende Fortschritte gemacht haben, wenn nicht noch immer das Vertrauen auf eine Dauer der zoll und handelspolitischen Verhältnisse fehlte, wenn nicht Handel und Industrie von Erschwerungen in Form der Kündigung von Zoll- und Handelsverträgen, die zur Hebung des gegenseitigen Verkehrs geschlossen werden, bedroht würden. Eine Beschränkung des Absatzes nach außen wirkt doppelt nachtheilig in rückläufigen Conjuncturen, und dazu hat die Industrie leider vielfach selbst beigetragen. In der Absicht, die Erstehungskosten durch Vergrößerung des Betriebes herabzumindern, ist das Angebot der Waare vermehrt und werden dadurch die Preise gedrückt. Als ein Zeichen der Besserung möchten wir den Umstand bezeichnen, daß sich das Capital wiederum mehr der Industrie zuwendet, beziehungsweise den Actiengesellschaften. Trotz mancher zu Tage getretenen Mängel ist die Actiengesellschaft doch immer diejenige Form, in welcher sich die heutzutage Macht des Capitals am lähmsten gezeigt hat, allen Anforderungen der Verkehrsentwicklung zu entsprechen; ja diese Form ist geradezu unentbehrlich, um großartige Schöpfungen, die Anfangs vielleicht wenig Nutzen in Aussicht stellen, ins Leben zu rufen. Nachdem im Jahre 1885 die Zahl der in Deutschland neu gegründeten Actiengesellschaften auf 74 mit 55 Millionen Mark herabgegangen war, sind im Jahre 1886 112 Gesellsch